

Riehen. Der neue Synodenpräsident der römisch-katholischen Kirche Basel-Stadt will den Zölibat abschaffen. Dabei setzt er auf den neuen Papst Franziskus. **Seite 14**

Fall Bloch: Verstrickungen bis nach ganz oben

Auch der verstorbene Regierungsrat Peter Zwick und die Erste Staatsanwältin sind Teil der Ermittlungen



Happige Vorwürfe. Gegen den Kantonstierarzt Ignaz Bloch läuft ein administratives Verfahren. Foto Tino Briner

Von Jonas Hoskyn

Liestal. Heute behandelt die Baselter Regierung voraussichtlich die Filz-Vorwürfe an den Baselter Kantonstierarzt Ignaz Bloch. Ihm wird vorgeworfen, sein Amt ausgenutzt zu haben, um Freunden und Bekannten Vorteile zu verschaffen. Insgesamt 18 Fälle haben zwei Polizisten zusammengetragen. Im Raum steht vor allem der Vorwurf wegen mehrfachem Amtsmissbrauch, Begünstigung und Urkundenfälschung sowie Widerhandlungen gegen das Jagdgesetz.

Allerdings beschränkt sich der Fall Bloch längst nicht mehr auf den Kantonstierarzt. So stehen auch Mitarbeiter der Sicherheitsdirektion in der Kritik. Die Staatsanwaltschaft habe die Vorwürfe gegen den Chefbeamten unter den Tisch kehren wollen, heisst es. Als die Geschichte der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats zu Ohren kam, konfrontierte sie die Regierung damit. Diese beschloss daraufhin, eine Rechtsfirma mit einer Untersuchung der Vorfälle zu beauftragen. De-

ren Bericht liegt seit Ende Oktober vor, wird aber zurzeit noch streng vertraulich behandelt.

Nachvollziehbar, denn der Fall Bloch birgt einiges an politischem Sprengstoff. Recherchen der BaZ zeigen: Die Affäre hat deutlich grössere Dimensionen als bisher bekannt. Neue Dokumente bestätigen schwarz auf weiss, was bisher allenfalls gemunkelt wurde. Die Ermittlungen gegen Bloch betreffen zumindest am Rand auch den damaligen Regierungsrat Peter Zwick sowie mehrere Kadermitglieder der Staatsanwaltschaft.

Eine Vielzahl offener Fragen

Der im Februar verstorbene Zwick wird im Ermittlungsbericht der Polizei mehrfach erwähnt. Besonders seine Freundschaft zu Bloch warf offenbar immer wieder Fragen auf. So habe Zwick als Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) wiederholt das fragwürdige Vorgehen des Kantonstierarztes gedeckt. Umgekehrt habe Bloch mit dem Regierungsrat für die Jagdprüfung gelernt

und diesem einen Jagdschein ausgestellt, ohne dass dieser die regulären Vorschriften erfüllt habe, sagen die Polizisten. Klare Beweise für diese These bleiben die Beamten aber schuldig.

Auch Angela Weirich, mittlerweile Erste Staatsanwältin des Kantons, ist im Bericht mehrfach ein Thema. Sie war vor fünf Jahren noch als Statthalterin in Liestal tätig. Damals lief dort ein Verfahren gegen einen Jäger aus Ziefen, der ausserhalb der Jagdzeit ein Wildschwein auf offenem Feld erlegt hatte. Um dies zu kaschieren, machte er falsche Angaben bei der Abschussmeldung. Die Erledigung des Falls liess bei den beiden Polizisten, welche die Vorwürfe um Ignaz Bloch untersuchten, offenbar einige Fragen offen. Und ein zweiter Fall gegen einen Bauern aus Läfelfingen sei vermutlich auf Anweisung der Ersten Staatsanwältin eingestellt worden, heisst es im Bericht der Polizisten.

Weiter liegt die Vermutung nahe, dass Weirich über den Stand der Untersuchungen gegen den Chefbeamten auf dem Laufenden gehalten wurde und diese zumindest abgesegnet hat. Die

Leitende Staatsanwältin der Hauptabteilung Laufen, Anne-Kathrin Goldmann, wird in einem solch brisanten Fall jeweils kaum ohne interne Rücksprache behandelt haben.

Polizisten abgekanzelt

Der Fall Bloch zeigt einmal mehr das gestörte Verhältnis zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Ermittlungen hatte die Staatsanwaltschaft die ermittelnden Polizisten zurückgepfiffen. Ein Gesuch für einen Durchsuchungsbeehl für Blochs Büro wurde abgewiesen.

In einem Schreiben der Leitenden Staatsanwältin Goldmann werden die Polizisten regelrecht abgekanzelt. Auf insgesamt neun Seiten lässt sie kein gutes Haar an den gesammelten Erkenntnissen. So setzt Goldmann die Bezeichnungen «Machenschaften» oder «Fälle» schon beinahe ironisierend in Anführungs- und Schlusszeichen. Einen anderen Fall bezeichnet sie als «haarsträubende Unterstellung». Ihr Fazit: «Für die Staatsanwaltschaft ist das Dossier als Arbeitsgrundlage unbrauchbar.»

«Basel soll keine Todesstadt werden»

Die EVP ortet einen krassen Fall von fahrlässiger Sterbehilfe der Stiftung «Eternal Spirit»

Von Karin Müller und Markus Vogt

Basel. Vielleicht schaut Pietro A. aus dem Universum vergnügt zu, wie sein freiwilliger Ausschied aus dem Leben nun zum Politikum wird. Zugegeben: Als ehemaliger Richter in Italien empfing er sicher zahlreiche Märchenerzähler. Und zum Märchenonkel mutierte er, um mithilfe der Sterbeorganisation «Eternal Spirit» freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Die EVP benutzt diesen Fall, um auf eines ihrer Kernthemen, die Unterbindung von Sterbetourismus in der Schweiz, aufmerksam zu machen.

Was war geschehen? Im März 2010 bittet Pietro A. die Sterbeorganisation Dignitas um eine begleitete Suizidhilfe. Den angebotenen Termin lässt er zwar ungenutzt, überweist trotzdem rund 10000 Franken. Die Ärztin Erika P., die der Italiener bei Dignitas kennenlernte, wechselte inzwischen zur Basler Sterbeorganisation «Eternal Spirit». 2013 hegt der Richter wiederum den Wunsch, zu sterben. Die Ärztin Erika P. stellt vergangenen April ein Rezept für das tödliche Medikament aus. Ein zweiter Arzt schreibt ein notwendiges Zweitgutachten und bescheinigt, dass alle Voraussetzungen gegeben seien, damit der Mann aus dem Leben scheiden könne. Am 11. April begeht der Richter aus Italien Selbstmord in der Wohnung von «Eternal Spirit» an der Hegeheimerstrasse in Basel.

ANZEIGE

«Weil ich Kleinbasler bin und für das Kleinbasel einstehe, stimme ich für den Claratum.»

Peter Bochsler,
Grossrat FDP



Überparteiliches Komitee Ja zum Claratum
Postfach 189 | 4012 Basel | www.claratum-ja.ch

Bevor er aus dem Leben schied, überwies er auch dieser Organisation 10000 Franken. Im Abschiedsbrief schreibt Richter Pietro A., wie er seinen Abgang plante. Wie er behauptet hatte, unter der Geschlechtskrankheit Syphilis zu leiden, wie er Gutachten zum Teil selbst verfasst hatte und sie von den zuständigen Amtsträgern in Italien einfach hatte unterschreiben lassen. Wie er ebenfalls diese Beamten linkte, indem er log, die Gutachten für seine Frühpenionierung zu benötigen. Die Trauerfamilie stoppte sofort die geplante Kremation auf dem Friedhof Hörnli und lässt die Leiche obduzieren.

Richter schrieb Gutachten selbst

Die Rechtsmediziner stellen fest, dass der Tote unter keiner Geschlechtskrankheit gelitten hatte. Die Sterbehelferin entschuldigte sich per Mail bei den Angehörigen für ihren Fehler: «Ich bin sehr desillusioniert über den Fakt, dass Pietro mich während drei Jahren angezogen hat. Er war intelligent, ich konnte nicht glauben, dass er nur depressiv ist.» Die Trauerfamilie erstattete Anzeige. Insgesamt drei Anwälte kümmern sich nun um die Causa A., einer davon hier in Basel.

Der Jurist spannte EVP-Grossrätin Annemarie Pfeifer für die Zwecke der Angehörigen ein. Pfeifer verbündete sich mit EVP-Landrätin Elisabeth Augsbürger. Sie sagte dann auch an der gestrigen Medienkonferenz: «Basel soll keine Todesstadt werden.» Die EVP-Sektionen der beiden Basel sprechen nun von «Suizidhilfe» in Basel und spannen gleich die Mutterpartei für Aktionen auf nationaler Ebene ein. Ziel ist es, den Sterbetourismus in der Schweiz grundsätzlich einzudämmen.

Annemarie Pfeifer wirft der fehlbaren Ärztin vor, im Ausland auf Werbetour unterwegs zu sein, um mögliche Sterbewillige anzuheuern. Gleichzeitig stellt sie klar, dass in der Schweiz strafrechtlich nichts gegen die Ärztin zu machen sei. Sehr wahrscheinlich ist, dass der Verstorbene seit längerer Zeit an einer Depression gelitten hatte. Pfeifer: «Wichtig bei Depressionen ist, dass die Schwelle zum Suizid nicht zu tief angesetzt wird.» Wer an einer Depression erkrankt sei, durchlebe immer wieder Täler mit einem Sterbewunsch. Wichtig sei es da, die Betroffenen entsprechend zu begleiten und ihnen Wege aus ihrer Krise zu zeigen.

An Syphilis stirbt man nicht

Pfeifer arbeitet als psychologische Beraterin und spricht aus Erfahrung, wie sie sagt. «Die Kontrolle zur Beachtung der Standesregeln ist ungenügend



Politikum. Wer aus dem Leben scheiden will, soll die Schweiz meiden. Das wünscht die EVP und reicht Vorstösse dazu ein. Foto Keystone

ausgebaut», erklärt die Grossrätin aus Riehen. Selbst wenn die Diagnose korrekt gewesen wäre, hatte die Suizidhilfe nicht den Standesregeln entsprochen. Aufgrund einer Syphilis stirbt man nicht, die sei gut behandelbar, sagte Pfeifer. Ein nahes Lebensende aufgrund einer schweren Krankheit sei damit nicht gegeben gewesen.

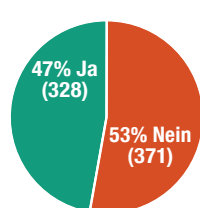
Laut ihr hätten die Basler Untersuchungsbehörden von sich aus aktiv werden sollen. «Der Fall hätte ohne Intervention der Trauerfamilie Folgen nach sich ziehen müssen.» Annemarie Pfeifer versuchte bereits im Juni dieses Jahres, mit einem Vorstoss auf die Problematik aufmerksam zu machen. Offenbar stiess sie auf taube Ohren. Nur am Ende der

Antwort erklärt der Regierungsrat: «Würden Missbräuche bekannt, würden diese auch sofort geahndet.»

Die EVP-Politikerin verfasste nun einen neuen Vorstoss, einen Anzug zuhanden des Grossen Rats. Der Regierungsrat soll prüfen und berichten, wie er seine Aufsichtspflicht ausüben wolle. Gewünscht seitens der Partei wäre ein Automatismus. Die Regierung solle jährlich eine Statistik der Suizidhilfe durch Sterbehilfeorganisationen vorlegen. Zudem soll der Sterbetourismus eingeschränkt und Missbräuche verhindert werden. Gleichlautende Vorstösse von EVP-Politikern werden in den Parlamenten von Baselland, Aargau und Solothurn eingereicht.

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Sollten Junge sich mehr mit Religion befassen?



Sollen Behörden Sterbetourismus unterbinden?

Ein Italiener liess sich in der Schweiz beim Suizid von einer Sterbehilfeorganisation helfen. Die EVP will den Sterbetourismus unterbinden. Sollen die Behörden eingreifen? www.baz.ch

Kooperationen verstärken

Baselbieter Tagsatzung strebt multifunktionale Regionen an

Liestal. Anstoss gegeben hat das neue Raumplanungsgesetz, das eine regionale Zusammenarbeit der Gemeinden bei der Raumplanung fordert. Nun haben die Baselbieter Gemeindepräsidenten an ihrer Tagsatzung vom Samstag beschlossen, die Gemeinden durch die Bildung von Zusammenarbeits-Regionen zu stärken. «Letztlich geht es darum, Synergien zu schaffen und die Effizienz zu steigern», sagt Ueli O. Kräuchi, Geschäftsführer des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG).

In zahlreichen Gebieten bestünden schon heute verschiedenste Zusammenarbeiten zwischen den Gemeinden. Doch diese sollen nicht nur verstärkt, sondern künftig auch strukturiert erfolgen. Die Tagsatzung der Gemeindepräsidenten will daher multifunktionale Regionen anstreben. Neben Raumplanung und Verkehr sieht sie eine regionale Zusammenarbeit beispielsweise auch in den Bereichen Bildung, Wirtschafts- und Standortförderung, bei der Spitex sowie Alters- und Pflegeheimen.

«Diesen Prozess wollen wir nun konkret antossen», sagt VBLG-Geschäftsführer Kräuchi. Die Tagsatzung schlägt eine Gliederung des Kantons in multifunktionale Regionen vor. Bis Ende Dezember sollen sich sämtliche Gemeinderäte zur Frage äussern, wie eine künftige Gliederung in Regionen erfolgen könnte. dab

ANZEIGE

academia
International School [ais]



Deutsch / Englisch

Kindergarten
Primarschule

Individuelle Förderung, Projektarbeit,
Vertieftes Kunst- und Musikangebot,
Hausaufgabenbetreuung, CH- und internationaler Lehrplan

Bonergasse 75 | Telefon 061 260 20 00
4057 Basel | www.academia-international.ch